

Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale und die Entwicklung des Krieges und der Friedensbestrebungen im Jahrhundert danach*

Egbert Jahn

Auf drei Fragen soll im Folgenden in aller gebotenen Kürze eingegangen werden: Erstens: Weshalb scheiterte die Antikriegspolitik der Zweiten Sozialistischen Internationale (SI)? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage nimmt die Hälfte meiner Ausführungen ein, weil die Gründe für das Scheitern der SI auf die grundlegenden Probleme und Schwächen aller Antikriegs- und Friedensbewegung bis heute hinweisen. Zweitens: Gibt es wichtige Fortschritte bei der Verhinderung von Kriegen und der Bildung einer dauerhaften Weltfriedensordnung seit 1918 bis heute und welche Rolle spielte hierbei die Antikriegs- und Friedensbewegung? Drittens: Welche Vorstellungen der Basler Friedensmanifestation behalten Gültigkeit für eine denkbare multidimensionale Friedenspolitik in der Gegenwart und näheren Zukunft?

Die eindruckvollste Friedenskundgebung vor dem Ersten Weltkrieg

Vor hundert Jahren, am 24./25. November 1912, fand in Basel ein kurzfristig einberufener Ausserordentlicher Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale statt, der sich ausschliesslich mit der kurz zuvor durch den Ersten Balkankrieg ausgelösten Weltkriegsgefahr auseinandersetzte. In den Jahren zuvor waren mehrere Krisen, die zu einem Krieg zwischen den Grossmächten zu eskalieren drohten (Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn, deutsch-französische Auseinandersetzung um Marokko, italienische Eroberung von Tripolis und Cyrenaica, Flottenrüstungswettlauf zwischen Deutschland und Grossbritannien), diplomatisch beigelegt worden. Aber seit dem 17. Oktober 1912 hatte sich die internationale Lage durch den Angriff des Balkanbundes von Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro gegen das Osmanische Reich erneut zugespitzt, weil Österreich-Ungarn und Russland und damit auch ihre Bündnispartner Deutschland sowie Frankreich und Grossbritannien in ihn einzugreifen und ihn zum Weltkrieg auszuweiten drohten.

In Basel bekräftigten die 555 Delegierten aus 23 Nationen, die Bürger oder Untertanen von 17 europäischen Staaten¹ waren, in einem Manifest² die Beschlüsse

* Der vorliegende Text umfasst nur etwa die Hälfte einer Studie, die ich zur Vorbereitung meines Einführungsvortrages auf der Tagung an der Universität Basel angefertigt hatte.

des Stuttgarter Kongresses von 1907 und des Kopenhagener Kongresses von 1910, alles zur Verhinderung eines drohenden Krieges bzw. zur raschen Beendigung eines Krieges, falls er dennoch ausbrechen sollte, zu tun. Der Kongress wurde durch eine internationale Demonstration mit rund 10 bis 15'000 Teilnehmern unterstützt. Die Sozialistinnen und Sozialisten diskutierten an den beiden Tagen keine zwischen ihnen strittigen Fragen. Die Versammlung wollte allein durch die einstimmige Akklamation des Manifests, das zuvor von einem internationalen Ausschuss verfasst worden war, die Einheit, die Macht und den Friedenswillen der internationalen Arbeiterklasse demonstrieren. An ihr nahmen fast alle führenden Vertreter der sozialistischen Arbeiterparteien in Europa teil, so August Bebel, Jean Jaurès, James Keir Hardie, Victor Adler, Fjodor Dan, Lew Kamenew, Rosa Luxemburg, Camille Huysmans. Der Basler Kongress war die letzte grosse, gemeinsame Friedensdemonstration der gesamten internationalen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg und sie ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Während der Krisen des frühen 20. Jahrhunderts bis unmittelbar vor Kriegsausbruch fanden in zahlreichen Städten grosse Manifestationen mit jeweils Zehntausenden bis zu 300'000 Teilnehmern statt.

In der Zweiten Sozialistischen Internationale waren seit dem 14. Juli 1889, dem Jahrhundertjubiläum der Französischen Revolution, fast alle sozialistischen Parteien vereinigt, die sich in vielen Ländern sozialdemokratische (Arbeiter-)Parteien nannten. Damals gab es vorwiegend nur in Europa sozialistische Arbeiterparteien. Im Internationalen Sozialistischen Büro waren ausser europäischen nur US-amerikanische und argentinische Sozialisten vertreten. 1914 existierten ansonsten noch stärkere sozialistische Parteien in Australien und Japan, schwächere in mehreren lateinamerikanischen Ländern, in China und in Persien. In einigen Ländern gab es eine nationale Einheitspartei (Deutschland, Frankreich, Schweiz usw.), in anderen Ländern konkurrierten linke und rechte Flügelparteien (Bulgarien, Russland) mit gleichem Hauptnamen, in wieder anderen mehrere Parteien unterschiedlicher Orientierung (Grossbritannien, Italien). In Österreich-Ungarn entstanden ethnationally getrennte Parteien der Deutschen, Tschechen, Polen usw., in Russland der Polen, Finnen, Juden und der übrigen Russländer. Alle Parteien waren national völlig autonom, obwohl sich manche als Sektionen der Internationale bezeichneten. Der internationale Organisationsgrad war extrem niedrig, im Wesentlichen auf die Kongresse im Zwei- bis Vierjahresturnus beschränkt. Erst seit 1900 gab es ein Internationales

¹ Wegen der kurzen Einberufungszeit des Kongresses konnten nur Delegierte aus europäischen Staaten anreisen. Von den im November 1912 bestehenden 21 Flächenstaaten in Europa kamen lediglich aus den im Krieg befindlichen Ländern Griechenland, Osmanisches Reich, Montenegro und Serbien keine Delegierten. Eigene Delegationen entsandten sechs Länder ohne eigene unabhängige Staatlichkeit: Böhmen, Bosnien, Finnland, Kroatien, Polen und Ungarn, siehe in: *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912, S. 55.

² *Ausserordentlicher Kongress*, *op. cit.*, S. 23-27 und in: Jules Humbert-Droz, *Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal*, Wien/ Köln/ Stuttgart/ Zürich 1964, S. 11-16 sowie in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 176-182.

Sozialistisches Büro in Brüssel mit einem kleinen Sekretariat und einem unregelmäßig tagenden Exekutivkomitee, das äusserst geringe und unklare Entscheidungskompetenzen besass und nur einen „Briefkasten“ der sozialistischen Welt darstellte.³

Die gesamteuropäische Krise infolge des Ersten Balkankrieges wurde nochmals in regem diplomatischem Verkehr mit einem Friedensvertrag in London am 30. Mai 1913 entschärft. Aber in nur leicht geänderter internationaler Konstellation standen sich dieselben Mächte nach einem zweiten kurzen Balkankrieg ab August 1914 dann wirklich im Grossen Krieg gegenüber, der sich im April 1917 zum Weltkrieg ausweiten sollte.⁴

Trotz ihrer ständigen Warnungen vor einem Weltkrieg glaubten die führenden Sozialistinnen und Sozialisten noch Ende Juli 1914, dass es den Diplomaten wieder wie in den vorausgegangenen Krisen gelingen werde, den neuerlichen Balkankonflikt beizulegen oder zu begrenzen. Nach den Kriegserklärungen Österreich-Ungarns an Serbien, Deutschlands an Russland und Frankreichs und Grossbritanniens an Deutschland billigten die sozialistischen Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich ohne Absprache miteinander und im Widerspruch zu den Deklarationen der SI am 4. August die Kriegskredite. Die britischen Sozialisten folgten ihnen am 6. August. Die österreichisch-ungarischen und russländischen Parlamente wurden gar nicht erst um ihre Zustimmung zu Kriegskrediten gefragt. Noch gravierender war, dass die meisten Sozialisten auch die Kriegspolitik ihres Landes mit Erklärungen und Zeitungsartikeln unterstützten; von gemeinsamer Kriegsgegnerschaft war keine Rede mehr. Die Zweite Sozialistische Internationale war zerbrochen.

Kontroverse sozialistische Vorstellungen vom Weg zum dauerhaften Weltfrieden

Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung war zweifellos seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die stärkste gesellschaftliche Kraft, die einen dauerhaften Weltfrieden anstrebte und den drohenden Weltkrieg verhindern wollte. Sie war weit mächtiger als die traditionsreichere bürgerlich-aristokratische Friedensbewegung, deren Vertreter sich seit 1843 zu regelmässigen internationalen Friedenskongressen versammelten.⁵ Die Parteien der SI fanden seit ihrer Gründung von Jahr zu Jahr enormen Zulauf. 1910 hatten sie 2,4 Millionen Mitglieder;⁶ zur Zeit des Basler Kongresses waren es 3,3 Millionen⁷ und 1914 waren es 4,2 Millionen; die Anzahl ihrer

³ Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien/ Frankfurt/ Zürich 1967, S. 22.

⁴ Eine neue Sicht auf die Entstehung des Krieges präsentiert Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

⁵ Zur Geschichte der Friedensbewegung siehe Peter Brock, *Pacifism in Europe to 1914*, Princeton 1972; Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt 1988; Dieter Riesenberger, *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985; Ekkehart Krippendorff (Hg.), *Pazifismus in den USA*, 2 Bd., Berlin 1986.

⁶ G. Haupt, *op. cit.*, S. 105.

⁷ L. I. Subok (Red.), *Die Geschichte der Zweiten Internationale*, Bd. 2, Moskau 1983, S. 336.

Wähler bei den Parlamentswahlen war fast dreimal so hoch.⁸ Hinzu kamen noch mehrere Millionen parteipolitisch nicht gebundene, teils aber sozialistisch gesinnte Gewerkschafter.

Demgegenüber versammelten die Organisationen der Friedensbewegung in den einzelnen Ländern kaum mehr als einige tausend oder zehntausend Mitglieder, strebten auch keine Massenmobilisierung gegen die Regierungspolitik an, sondern stellten sich eher in die modernisierte Tradition der Fürstenpädagogik, die seit der Renaissance die Herrschenden von ihren Friedensplänen zu überzeugen sucht. An die Stelle der Fürsten traten nunmehr Regierungen, Parteien und Machteliten. Nur wenige Friedensfreunde bemühten sich vor 1914 um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, Druck auf die Regierungspolitik auszuüben.

Ihre grundsätzlichen Auffassungen zu Krieg und Frieden hatte die SI auf ihrem Stuttgarter Kongress 1907 dargelegt: „Kriege liegen [...] im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist [...]“.⁹ Kriege seien vorwiegend aus dem Konkurrenzkampf kapitalistischer Staaten auf dem Weltmarkt zu erklären, bei dem die Unterjochung fremder Völker und Länder, also der Imperialismus, eine Hauptrolle spiele. Ausserdem würden im Interesse der herrschenden Klassen Vorurteile der Völker gegeneinander genährt, also Nationalismus und kriegsbereiter Patriotismus. Auf dem Wege zur Schaffung einer dauerhaften Weltfriedensordnung wollte die SI die Rüstungen zu Wasser und zu Lande bekämpfen, Rüstungsausgaben und -kredite verweigern, die stehenden Heere durch eine nationale Volksbewaffnung ersetzen, die Schiedsgerichtsbarkeit bei zwischenstaatlichen Konflikten einführen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen und die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung, der internationalen Klassensolidarität und des Antimilitarismus erziehen. Dadurch sollten Angriffskriege unmöglich und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert werden. Dies würde aber letztlich nur im Sozialismus möglich sein.

Zwischen den Vorstellungen der Arbeiterbewegung und denen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung bestand vor 1914 eine unüberwindbare Kluft, die nur spärliche Kontakte zwischen ihren Vertretern, etwa in der Interparlamentarischen Union, erlaubte.¹⁰ Während letztere eine dauerhafte Friedensordnung auf der Grundlage der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnungen schaffen wollte, waren die Sozialisten überzeugt, dass Weltfrieden nur durch die Überwindung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich sei. Sie entwickelten aber keine genaueren, gemeinsamen Vorstellungen von der staatlichen und Staatenordnung im Sozialismus. Manche Sozialisten sahen allerdings in der Schweiz ein Muster des Völkerfriedens im kleinen, das etwa austromarxistischen Politikern als Anregung für eine Umgestaltung des Habsburger Reiches zur demokratischen Vielvölkerföderation diene. Ein solches Vielvölkerreich in der Mitte Europas wiederum

⁸ G. Haupt, *op. cit.*, S. 105. Keir Hardie sprach in Basel von „15 Millionen sozialdemokratischen Wählern“, in: Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 13.

⁹ Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Berlin/ Bonn/ Bad Godesberg 1974, S. 370.

¹⁰ Zu den Berührungspunkten siehe im einzelnen K. Holl, *op. cit.*, S. 89-94.

wurde als Experimentierfeld für den Zusammenschluss aller Völker in der ganzen Welt verstanden.¹¹

Die Ideen zur Weiterentwicklung des Völkerrechts, zur Schaffung eines Staatenbundes (Völkerbundes) als Friedensbund und zur Förderung des Freihandels als Mittel zur Überwindung der Kriege hervorrufenden zwischenstaatlichen Anarchie, die im Zentrum der Bestrebungen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung standen, spielten in der SI so gut wie keine Rolle. Die SI propagierte lediglich eine vage Völkerverbrüderung und -solidarität. Sie machte auch keinerlei Anstalten, gemeinsame Vorstellungen von der Organisation einer sozialistischen Wirtschaft zu entwickeln, obwohl viele Sozialisten glaubten, die Abschaffung des Kapitalismus stünde unmittelbar bevor.

Formeln wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker verschleierten die Unfähigkeit oder die geringe Bereitschaft, sich mit konkreten nationalen Streitfragen wie Elsass-Lothringen, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Armenien und die staatliche Zugehörigkeit oder Unabhängigkeit dieser Gebiete eingehend zu befassen. Die meisten Sozialisten unterstellten den Proletariern aller Länder ein genuines Friedensinteresse, so wie schon zuvor viele liberale Demokraten ein solches gemeinsames Interesse der Bürger annahmen, da sie die Hauptlast des Krieges im Interesse der Herrschenden trügen. Beide begriffen unvereinbare nationale Interessen lediglich als Ideologie im Interesse einer herrschenden Minderheit, die das Volk, die Massen im Geiste des Völkerhasses und nationaler Gegensätze erziehen und indoktrinieren. Sie stellten sich also nicht der Frage, inwieweit die Herrschenden real existierende Gegensätze zwischen den nationalen Interessen, Bedürfnissen, Emotionen, historisch gewachsenen Vorurteilen und politischen Vorstellungen der Massen und Völker selbst zum Ausdruck bringen und lediglich im einzelnen politisch gestalten und überzeichnen, aber nicht erzeugen.

Auch wenn die SI erst in einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende der Kriege für möglich hielt, so wollte sie schon in der bestehenden bürgerlichen Klassengesellschaft Kriege verhindern. Im Formelkompromiss der SI-Resolutionen seit dem Stuttgarter Kongress 1907 wurden nur die „am wirksamsten erscheinenden Mittel“¹² zur Kriegsverhinderung und gegebenenfalls der Kriegsbeendigung erwähnt. Konkret zogen die sozialistischen Parteien auf ihren internationalen Kongressen im wesentlichen sechs Mittel in Betracht: 1. Antikriegspropaganda auf Flugblättern und in der Parteipresse, 2. Massenkundgebungen gegen den drohenden Krieg, 3. parlamentarische Verweigerung von Kriegskrediten, 4. Generalstreik,¹³ 5. Militärstreik, 6. Aufstand (Insurrektion). Die ersten beiden Mittel waren unumstritten. Das dritte Mittel setzte eine Kompetenz des Parlaments für die Billigung von Kriegskrediten voraus, die es 1914 in Russland und in Österreich-Ungarn nicht gab. Die übrigen drei Mittel waren höchst umstritten, da es den meisten Sozialisten klar war, dass ein General-

¹¹ Karl Renner, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich*, 1. Teil. *Nation und Staat*, Leipzig/Wien 1918, S. 2 der Vorrede.

¹² Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 123, 149, 150.

¹³ Ausführlicher hierzu Antonia Grunenberg (Hg.), *Die Massenstreikdebatte*, Frankfurt 1970.

streik und erst recht ein Militärstreik von jeder Regierung massiv mit Gewalt unterdrückt werden würde und beide nur erfolgreich sein könnten, wenn aus ihnen eine siegreiche Revolution, also ein Bürgerkrieg, hervorgehen würde. Aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse war bei einem Generalstreik mindestens mit Massenverhaftungen – die entsprechenden Verhaftungslisten lagen der Polizei bereits vor – und der Auflösung der sozialistischen Organisationen zu rechnen, bei einem Militärstreik nach Verhängung des Kriegsrechts sogar mit standrechtlichen Erschiessungen.

Zu solchen Taten und Risiken waren die meisten Sozialisten vor 1914 eindeutig und bereits lange vor Kriegsausbruch klar erkennbar nicht bereit. Die öffentlichen Erklärungen der Internationale wie auch der nationalen Parteien waren durch einen revolutionär-ideologischen Überhang gekennzeichnet, der die tatsächlichen pragmatischen Denk- und Handlungsweisen der meisten Sozialisten und Arbeiter überdeckte und zur Selbsttäuschung führte.¹⁴

Sowohl die meisten Sozialisten als auch die meisten Mitglieder der Friedensbewegung waren im übrigen keine prinzipiellen Kriegsgegner, sondern lediglich Gegner eines imperialen Angriffskrieges zur Eroberung neuer Territorien und wirtschaftlich-militärischer Machtsphären. So befürworteten prominente Führer der Sozialistischen Internationale schon vor 1914 in aller Offenheit den nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen und völkerrechtlichen Status quo. Manche bezogen in ihr Verständnis von Verteidigungskrieg auch die offensive militärische Verteidigung berechtigter nationaler Interessen mit ein, also die Erringung eines eigenen Nationalstaates oder die irredentistische Befreiung fremden Staatsgebiets, das sie für den eigenen Nationalstaat beanspruchten, mit der oder ohne die Zustimmung der dort lebenden Bevölkerung.

Eine linke sozialistische Minderheit lehnte den nationalen Verteidigungskrieg in der weltpolitischen Situation des frühen 20. Jahrhunderts kategorisch ab, propagierte aber offen oder verdeckt den sozialrevolutionären Bürgerkrieg. So gab Karl Liebknecht ganz im Sinne Wladimir I. Lenins in seinem Brief an die kleine internationale Konferenz der Linksozialisten in Zimmerwald bei Bern vom 6.-8. September 1915 die Parole aus: „Bürgerkrieg, nicht Burgfriede!“¹⁵ Die Devise des revolutionären Bellizismus wurde auch klar von der in Zimmerwald gebildeten Internationalen Sozialistischen Kommission im Dezember 1916 ausgedrückt: „Nur eine Macht kann die Regierenden zum Frieden bringen: die erwachende Kraft des internationalen Proletariats, sein entschlossener Wille, die Waffen des Krieges statt gegen den Bruder gegen den Feind im eigenen Land zu richten.“¹⁶ Dass die Bürgerkriege nach dem Weltkrieg nochmals Millionen Menschen das Leben kosten sollten, sahen diese in der Zimmerwalder Linken vereinigten Sozialisten, die späteren Kommunisten, in der SI nicht voraus. Sie ahnten auch nicht, dass die Bürgerkriege nicht in eine sozialistische De-

¹⁴ Zur Entstehung und auch zur Funktion dieses ideologischen Überhangs siehe Friedhelm Boll, *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokraten vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980, S. 31-64.

¹⁵ J. Humbert-Droz, *op. cit.*, S. 158.

¹⁶ J. Humbert-Droz, *op. cit.*, S. 220.

mokratie, sondern in eine kommunistische Partei- und Führerdiktatur münden würden, die nochmals Zigmillionen Menschen in der Sowjetunion und dann unter anderem auch in China, Kambodscha mitten im Frieden das Leben kosten sollte.

Während es in der bürgerlichen Friedensbewegung eine Minderheit von prinzipiellen Gegnern jeglichen Krieges, etwa aus den Friedenskirchen (Quäker, Mennoniten), gab, waren solche unbedingte Pazifisten¹⁷ in der Arbeiterbewegung nur eine verschwindende Minderheit.¹⁸ Der erst im Jahre 1901 von Émile Arnaud geschaffene Terminus Pazifismus¹⁹ wurde vor 1914 in der Arbeiterbewegung nur selten für die eigenen Friedensbestrebungen benutzt. Die sozialistische Linke zog den Ausdruck Antimilitarismus²⁰ vor, wobei sie unter Militarismus²¹ lediglich die militärische Organisation, das stehende Heer und die kriegsbereite Gesinnung in der Klassengesellschaft verstand. Sie befürwortete aber gleichzeitig ein Volksheer, den revolutionären Bürger- und internationalen Missionskrieg. Nach der Oktoberrevolution 1917 war sie für die sozialistische Vaterlandsverteidigung und damit folgerichtig auch die sowjetische Aufrüstung.

1914 – eine vergebene Chance der sozialistischen Kriegsverhinderung?

Zunächst muss klar und deutlich gesagt werden, dass das Scheitern und Versagen der Sozialistischen Internationale nicht darin besteht, dass sie den Ersten Weltkrieg nicht verhindert und den erstrebten dauerhaften Weltfrieden nicht verwirklicht hat. Bei

¹⁷ Man nannte sie zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern auch extreme, absolute oder integrale Pazifisten. Für Ceadel sind sie allein wirkliche Pazifisten, so dass er die Pazifisten mit einem Kriegsvorbehalt Pazifizisten mit dem ursprünglichen, sprachlich korrekten Ausdruck für diejenigen nannte, die *pacem facere* oder *pacificare* wollen, siehe Martin Ceadel, *Pacifism in Britain 1914-1945. The Defining of a Faith*, Oxford 1980, S. 3. Pazifismus wurde später die gängige sprachliche Kurzform für unbedingte wie bedingte Friedensfreunde, wie man die Verfechter des Friedens noch im 19. Jahrhundert nannte. Für den Sprachgebrauch Ceadels plädiert Stefan Grotefeld, Pazifismus oder Pazifizismus. Replik auf Wolfgang Lienemann, in: Jean-Daniel Strub, Stefan Grotefeld (Hg.), *Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs*, Stuttgart 2007, S. 102.

¹⁸ Dabei handelte es sich überwiegend um Sozialistinnen und Sozialisten aus christlicher Motivation, siehe M. Ceadel, *op. cit.*, S. 46-56. Zu den prominentesten unter ihnen gehörte die Niederländerin Henriette Roland Holst (1869-1952), siehe Gernot Jochheim, *Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion*, Stuttgart 1986, S. 52, siehe auch S. 47, 204.

¹⁹ K. Holl, *op. cit.*, S. 69; zur internationalen Einführung des Worts siehe: Norman Ingram, *The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919-1939*, Oxford 1991, S. 6.

²⁰ Siehe zum Beispiel Karl Liebkecht, Militarismus und Antimilitarismus. Unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907), Leipzig, Wiederabdruck in: ders., *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1958, S. 247-256.

²¹ Alfred Vagts (*A History of Militarism, Civilian and Military*, New York 1967, S. 17) sah den Begriff Bellizismus als eigentlichen Gegenbegriff zu Pazifismus, während er als Gegenbegriff zu Militarismus Zivilismus erwähnte, ihn jedoch nicht weiter ausführte. Zu dem Versuch, den Zivilismusbegriff als umfassenderen Begriff für eine gewaltfreie Gesellschaftspolitik einzuführen siehe Egbert Jahn, Zivilismus – Ein Projekt zur Zivilisierung des Konflikts in der menschlichen Gesellschaft, in: Marcel M. Baumann [u.a.] (Hg.), *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie*, Frankfurt 2009, S. 18-22.

aller eindrucksvollen Mitglieder-, Anhänger- und Wählerschaft der sozialistischen Parteien vertraten sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung und nicht einmal die der Arbeiter. In der Redeweise vom Klassenkampf zwischen zahlreicher Arbeiterklasse und minoritärer Bourgeoisie wurde meist völlig übersehen, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern nicht aus Arbeitern, sondern aus Bauern bestand. Ausserdem verfügten die Sozialisten nicht über Regierungsmacht und über die staatlichen Gewaltapparate, um sie am Kriegführen zu hindern. Sie strebten auch keine Regierungsbeteiligung in der bestehenden internationalen kapitalistischen Gesellschaft an. Das einzige wirkliche Machtmittel der Sozialisten bestand darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wie Hugo Haase am 15. November 1912 schrieb: „Ist ein Krieg unpopulär gemacht, ist die grosse Masse der Bevölkerung mit Widerwillen und Abscheu gegen ihn erfüllt, so hüten sich die Regierenden vor ihm; denn zum Siegen gehört Hurra-Stimmung, wie gerade der Balkankrieg von neuem gelehrt hat.“²² Das Versagen der sozialistischen Parteien und der Internationale 1914 besteht auch nicht in dem Ausbleiben von Massenaktionen gegen die Mobilisierung für den Krieg (General- und Militärstreik), die, hätten sie stattgefunden, in allen Ländern rasch und erfolgreich unterdrückt worden wären, sondern in der politisch-moralischen Kapitulation der meisten Sozialisten vor dem nationalen Kriegspatriotismus. Rosa Luxemburg fasste dies treffend in der sarkastischen Parole zusammen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden, und schneidet Euch die Gurgel ab im Kriege.“²³

Man hat oft von einem Stimmungsumschwung in der Arbeiterschaft als Folge der Regierungsentscheidungen zum Krieg gesprochen, der durch die kriegspatriotischen Äusserungen der rechten Sozialdemokraten allenfalls verstärkt, nicht verursacht worden ist. Dafür gab es auch manche plausible sozialpsychologische Erklärungen.²⁴ Eine Kehrtwende vom öffentlich bekundeten Protest gegen die Kriegsgefahr zur Kriegsbegeisterung²⁵ innerhalb weniger Stunden und Tage mag durchaus bei manchen Sozialisten und Arbeitern stattgefunden haben, aber insgesamt könnte es sich eher um einen Wechsel in der öffentlichen Hegemonie von Auffassungen durchaus unterschiedlicher Teile des Volkes und der Arbeiterschaft gehandelt haben. Beherrschten bis Ende Juli die Kriegsgegner mit ihren Kundgebungen die Strassen und Plätze der grossen Städte, so waren es nach den Kriegserklärungen die Kriegsbefürworter, die ja mehrheitlich keinen Angriffs- und Eroberungskrieg wollten, sondern überwiegend nur zum vermeintlichen Verteidigungskrieg bereit waren.

Für den Zusammenbruch der internationalen Solidarität der Sozialisten war nicht nur der Nationalpatriotismus, also die Identifikation mit dem eigenen Staat

²² Zitiert nach G. Haupt, *op. cit.*, S. 67.

²³ Rosa Luxemburg, *Der Wiederaufbau der Internationale* (1915), in: dies., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 2000, S. 20-32.

²⁴ Zum unterstellten Meinungsumschwung und seinen Erklärungen siehe zum Beispiel bei G. Haupt, *op. cit.*, S. 172.

²⁵ Zur differenzierten Analyse der Kriegsbegeisterung siehe Jeffrey Verhey, *Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

und der eigenen Nation schlechthin verantwortlich, sondern hinzu kam die traditionelle marxistische Legitimation des Krieges der (zumindest relativ) fortschrittlichen gegenüber der reaktionärerem Kriegspartei.²⁶ Die meisten französischen Sozialisten verteidigten die freiheitliche Republik und die britischen Sozialisten die parlamentarischen und recht grossen Bürgerfreiheiten gegen die deutsche Militärmonarchie, dabei stillschweigend die Unterstützung des Zarismus in Kauf nehmend. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten verteidigten die Freiheiten ihrer Länder gegenüber dem russischen Despotismus und der Kosakengewalt, als deren Werkzeuge sie die französischen und britischen Armeen interpretierten. Nur die russischen Sozialisten hatten grösste Schwierigkeiten, ihre nationale Sache als Sache der gesellschaftspolitischen Freiheit auszugeben und mussten den besonders aggressiven Charakter des preussisch-deutschen Militarismus anprangern. Diese Situation begünstigte in Russland die radikale Position, alle Regime gleichermaßen für reaktionär zu erklären. So verteidigten fast alle Sozialisten subjektiv ab 1914 nicht nur die Sache ihres Vaterlandes und ihrer Nation, sondern auch die des relativen Fortschritts auf dem Wege zur sozialistischen Zukunft.

Sporadisch wurde das Grundsatzproblem jeglicher Kriegsgegnerschaft schon vor 1914 erkannt: Je fortschrittlicher und freiheitlicher ein Land und je stärker seine Antikriegsbewegung, desto mehr läuft es Gefahr, von dem Land besiegt zu werden, in dem jede Antikriegsbewegung rücksichtslos unterdrückt werden kann, weil entweder die Herrschenden zu mächtig oder die Antikriegsbewegung zu schwach ist. So konnte nach Auffassung des SPD-Parteivorstandes ein Generalstreik nur „die Niederlage desjenigen Landes herbeiführen, dessen Proletariat am besten organisiert ist und die Beschlüsse der Internationale am getreulichsten befolgt, zugunsten des am wenigsten sozialistischen und disziplinierten Landes.“²⁷ Dieses Problem der asymmetrischen Stärke von Antikriegs- und Friedensbewegungen in verfeindeten Staaten besteht unabhängig davon, was jeweils unter fortschrittlich und freiheitlich verstanden wird. Kriegsgegner gelten deshalb den Kriegführenden oft als Parteigänger oder als nützliche Idioten ausländischer, feindlicher Herrscher und ihrer inneren und äusseren Gewaltpolitik.

Das Problem der ungleichen Stärke und Durchsetzungsfähigkeit von Gegnern eines bestimmten oder jeglichen Krieges lässt sich nur lösen, wenn die Kriegsgegner ein Konzept des gleichgewichtigen Widerstands gegen beide einander gegenüberstehende Kriegsparteien oder ein effektives Konzept des gewaltfreien Widerstands gegen innere und äussere Gewaltpolitik entwickeln könnten. 1914 gab es jedenfalls nicht die geringsten Ansätze für eine Gleichgewichtigkeit der Kriegsgegnerschaft in der Arbeiterschaft und in der Friedensbewegung der kriegsbeteiligten Länder. Da alle diese Länder grössere oder kleinere imperiale Kriegsziele verfolgten, hiess

²⁶ Vgl. Wolfram Wette, *Kriegstheorien deutscher Sozialisten*. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1971, S. 83, 87-88.

²⁷ G. Haupt, *op. cit.*, S. 132.

einseitig wirksame Kriegsgegnerschaft faktisch die Unterstützung von Fremdherrschaft.

In ihren Resolutionen vor 1914 warnten die führenden Sozialisten wiederholt die Regierungen und herrschenden Eliten, ein Krieg könne die Arbeiter in fürchterliche Not treiben und so zum bewaffneten Aufstand bewegen und ihre Herrschaft gefährden wie 1871 durch die Errichtung der Kommune in Paris und 1905 durch die russische Revolution.²⁸ So hatte schon Friedrich Engels 1887 weitsichtig geschrieben:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preussen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...] Die Verwüstungen des Dreissigjährigen Kriegs zusammengefasst in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet [...] Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt.“²⁹

Die Warnung der SI vor einer sozialistischen Revolution als Folge des Kriegselends übersah jedoch völlig, dass solche Revolutionen nur in den Ländern stattfinden, die einen Krieg verlieren. Nicht der Krieg erzeugt eine revolutionäre Situation, sondern die militärische Niederlage in einem Krieg, die zur Desorganisation der staatlichen Gewaltapparate und zur Zerstörung der Legitimität der Herrschenden führt, die die Bevölkerung in das Elend gestürzt haben. Die Revolutionsfurcht der Herrschenden musste also ihren Durchhaltewillen im Krieg befördern und sie daran hindern, sich mitten im noch unentschiedenen Krieg auf einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einzulassen, der alle bisherigen Kriegsoffer desavouiert und das Aufgeben aller expansiven Kriegsziele sämtlicher Kriegsparteien erfordert hätte.³⁰

Die meisten Sozialisten nahmen im August 1914 zudem an, dass das Eigeninteresse der Herrschenden diese von einem Kriegsabenteuer abhalten müsse. Die internationalen Kapitalverflechtungen hätten ein derart enges Interessennetz der Kapitalisten geschaffen, dass diese keinen Wunsch mehr besäßen, ihren Reichtum durch einen Krieg zerstören zu lassen. Karl Kautsky gab diesem Gedanken in seiner Theorie des Ultraimperialismus Ausdruck.³¹ Das entsprach völlig den Vorstellungen der führenden Theoretiker der Friedensbewegung wie Alfred H. Fried über den „organisato-

²⁸ So im Basler Manifest, in: Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 26.

²⁹ Friedrich Engels, Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre ‚Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806-1807‘ (1887), in: *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 21, Berlin 1972, S. 350-351.

³⁰ Zum Scheitern aller Friedensbemühungen vor dem November 1918 infolge sich ständig wandelnder militärischer Lagen und innenpolitischer Konstellationen in den politisch massgeblichen kriegführenden Staaten siehe zum Beispiel Manfred Rauchensteiner, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918*, Wien/ Köln/ Weimer 2013, S. 611-614, 725-730.

³¹ Karl Kautsky, «Der Imperialismus», in: *Die Neue Zeit* 32, 2 (1914), S. 908-922.

rischen Pazifismus“ oder „wissenschaftlichen Pazifismus“.³² So erklärt sich, weshalb fast alle führenden Sozialisten und Pazifisten vom Kriegsbeginn völlig überrascht waren und ungläubig und gelähmt zur Kenntnis nahmen, dass gerade die rückständigsten monarchischen Regime bereit waren, politischen Selbstmord zu begehen.

Auch von den Mitgliedern der Friedensbewegung, die seit Jahren vor einem drohenden Weltkrieg gewarnt hatten, aber gleichzeitig bis zum Kriegsbeginn glaubten, dass die Regierungen und Diplomaten ihn verhindern würden, gingen viele zum Kriegspatriotismus über. Das Internationale Friedensbüro in Bern blieb genauso handlungsunfähig wie das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel bzw. danach in Den Haag.

Die verheerenden Folgen des Versagens der Sozialistischen Internationale

Das politisch-moralische und intellektuelle Versagen der sozialistischen Parteien, die mit so hehren Bekundungen gegen den Staatenkrieg und die Massenelend produzierende kapitalistische Wirtschaftsordnung angetreten waren, hatte verheerende moralische und politische Folgen. War es der SI vor 1914 gelungen, die Arbeiterbewegung organisatorisch weitreichend zu einen und die unterschiedlichen politischen Strömungen immer wieder zu Kompromissen zu drängen, so zerbrach die Einheit im August schlagartig, und zwar nicht nur in kriegspatriotische nationale Sektionen, sondern auch gesellschaftspolitisch in zwei Hauptzweige und zahlreiche kleinere politische Gruppierungen. Wäre die sozialistische Arbeiterbewegung einig und mit einer konsistenten, gemeinsamen Haltung zum Krieg aus dem Völkergemetzel hervorgegangen, so hätte sie einen viel grösseren Gestaltungseinfluss auf die Nachkriegsordnung gehabt. So blieb es den bürgerlich-aristokratischen Kräften vornehmlich in Frankreich und Grossbritannien überlassen, Friedensverträge abzuschliessen, die den imperialen Hegemonieinteressen dieser beiden Grossmächte entsprachen.

Die sozialistische Linke radikalisierte sich zur bürgerkriegswilligen Partei und forcierte ihre endgültige Abspaltung vom sozialistischen reformistischen Zentrum und von der revisionistischen Rechten, ein Bruch, den sie durch die Übernahme der Namen Kommunistische Partei und Dritte Kommunistische Internationale symbolisch untermauerte. Im Januar 1918 brach die kommunistische Bewegung in Russland mit der parlamentarischen Demokratie, experimentierte wenige Monate mit der sozial selektiven Räte­demokratie und etablierte schliesslich seit März 1921 eine Einparteiendiktatur und im April 1934 schliesslich für zwei Jahrzehnte eine barbarische, alle gesellschaftlichen Bereiche und Lebensverhältnisse durchdringende Führerdiktatur, der Zigmillionen Menschenleben zum Opfer fielen.

Der sozialdemokratische Hauptzweig der SI entschied sich nach 1914 klar für die parlamentarische Demokratie. In einem jahrzehntelangen Prozess nahmen die meisten Sozialdemokraten Abschied vom sozialistischen Reformismus, also dem Ziel

³² Alfred H. Fried, *Handbuch der Friedensbewegung*, 2 Bd., Berlin/ Leipzig 1911/13. Zur Bedeutung der Theorie Frieds siehe D. Riesenberger, *op. cit.*, S. 49-55 und K. Holl, *op. cit.*, S. 76-81.

der Umwälzung (Revolution) der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Reihe von systemüberwindenden, parlamentarisch bzw. plebiszitär zu erwirkenden Reformen, die schliesslich in den Sozialismus münden sollten. Sie gingen erst praktisch, dann auch ideologisch zum Reformkapitalismus und zum Ausbau des Sozialstaates in der sozialen Marktwirtschaft über. Wesentliche Elemente der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind heute selbstverständliche Bestandteile liberaler und konservativer, besitz- und bildungsbürgerlicher Politik geworden.

Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung hat nicht nur über Jahrzehnte zur parteipolitischen und dann auch räumlichen Scheidung in einen kommunistischen „Osten“ und einen sozialdemokratisch mitgestalteten „Westen“ geführt. Schon bald nach 1917 standen sich Kommunisten und Sozialdemokraten manchenorts im Bürgerkrieg gegenüber, schliesslich nach 1949 auch in der atomar gerüsteten Staatenkonfrontation des Ost-West-Konflikts. Eine weitere Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung war eine entscheidende Schwächung der gesellschaftspolitischen Kräfte, die sich in den 1920er und frühen 1930er Jahren dem Aufstieg der faschistischen und faschistoiden, den Angriffs- und Eroberungskrieg bejahenden Bewegungen und Parteien entgegenstellten.

Seit 1912 hat es niemals mehr eine so breite Opposition von Parlamentsparteien und Massenbewegungen in den Ländern gegeben, deren Regierungen einen Krieg gegeneinander vorbereiteten. In den meisten Fällen verhinderte eine Diktatur in einer oder in beiden kriegsbereiten Ländern oder Bündnissen, dass sich überhaupt ein nennenswerter Widerstand gegen einen bevorstehenden Krieg äussern konnte. In anderen Fällen waren die Friedensvorstellungen der Oppositionellen auf beiden Seiten der Konfliktfront unvereinbar, so dass es zu keinen vergleichbaren gemeinsamen Friedensbekundungen wie in Basel kommen konnte.

Allerdings standen sich die Sozialisten, die im Basler Münster noch gemeinsam dem Friedensmanifest applaudiert und die Hymne der Internationale gesungen hatten, zwei Jahre danach auf dem Schlachtfeld und wenige Jahre später in mehreren Ländern im Bürgerkrieg gegenüber. Nachdem die Kommunisten nur in wenigen Ländern siegreich geblieben waren, begegneten sie sich mit Sozialdemokraten auch im Staatenkrieg als Feinde und bedrohten sich schliesslich im Kalten Krieg mit der wechselseitigen Ausrottung durch Atomwaffen. Das hinderte die Sozialisten jeglicher Orientierung nicht, an dem politischen Ziel des dauerhaften Weltfriedens festzuhalten. Nur wurden die Friedensvorstellungen der Sozialdemokraten völlig unvereinbar mit denen der Kommunisten. Unbedingte Pazifisten, d.h. Gegner jeglichen Krieges, blieben in beiden Zweigen der Arbeiterbewegung nur eine winzige, meist religiös motivierte Minderheit.

Die Kommunisten hielten programmatisch an den Vorstellungen der Ersten und Zweiten Internationale fest, dass ein dauerhafter Weltfrieden nur im Sozialismus möglich sei. Nachdem für sie unerwartet die Weltrevolution in den Jahren 1917-1923 gescheitert war, die kommunistische Sowjetmacht sich aber dennoch in grossen Teilen des ehemaligen Russländischen Reiches behaupten konnte, wurde die Bereit-

schaft zur militärischen Verteidigung des vorgeblichen Vaterlandes aller Proletarier zur selbstverständlichen Pflicht aller Kommunisten auf der Welt. Umgekehrt sollte die Sowjetunion „brüderliche (militärische) Hilfe“ für die revolutionären Bewegungen in den noch kapitalistischen Ländern leisten, ein Grundsatz, der jedoch rasch durch pragmatische aussenpolitische Risikokalküle relativiert wurde, da die Sowjetunion nicht bereit war, ihre Existenz durch die Ausweitung jeden kommunistischen Aufstandes in einem internationalisierten Krieg aufs Spiel zu setzen. Dementsprechend instrumentalisierte die sowjetische Aussenpolitik die Dritte oder Kommunistische Internationale (1919-1943).³³

Aus derselben Vorstellung von Weltfrieden als Weltsozialismus ergab sich die Aufgabe der kommunistisch beeinflussten Antirüstungsbewegung in den kapitalistischen Staaten, die Aufrüstung und Kriegsbereitschaft der kapitalistischen Staaten zu beeinträchtigen, um eine Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Interesse eines dauerhaften Weltfriedens zu begünstigen.³⁴

Seit dem Ende der 1940er Jahre lebte ein Drittel der Menschheit in 15, später 16 Staaten unter nationalkommunistischer Herrschaft. Bei der mehrfachen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in einander sich bekämpfende und militärisch bedrohende Parteien und Staaten seit 1948 hielten zwar alle Kommunisten an ihrer Weltfriedensprogrammatik fest, faktisch wurde aber ihr Internationalismus zu einer Ideologie im jeweiligen Nationalinteresse.

Der sozialdemokratische Zweig der Arbeiterbewegung entwickelte nach Basel 1912 und der Entscheidung für den nationalen Kriegspatriotismus 1914 keine gemeinsame Friedensvorstellung mehr. Der rechte Flügel ging in allen Ländern zu einer pragmatischen Aussen- und Militärpolitik mit dem Kriegsvorbehalt für Fälle der Verteidigung des Vaterlands und gegebenenfalls auch seines kolonialen Besitzes über, ehe nach dem Zweiten Weltkrieg sozialdemokratische Parteien wichtige Beiträge zur Auflösung der Kolonialreiche leisteten.

Nach der Entscheidung der Sozialdemokraten für die parlamentarische Demokratie und bald darauf für den Reformkapitalismus übernahm der linke Flügel der Parteien zentrale Forderungen der Friedensbewegung: Errichtung eines Völkerbundes, Stärkung des Friedensvölkerrechts, Ausbau der internationalen Organisationen, Rüstungsverringerung und internationale (Schieds-)Gerichtsbarkeit. Er wurde damit zu einer zentralen Säule des Pazifismus,³⁵ also des gemässigten Teils der traditionellen, völkerrechtlich orientierten Friedensbewegung, der stets einen Kriegsvorbehalt

³³ J. Braunthal, *op. cit.*, Bd. 2, S. 275-283.

³⁴ W. W. Sagladin (Hg.): *Die internationale kommunistische Bewegung*, Berlin 1984, S. 120, 134-139.

³⁵ Karl Holl vermerkt, dass die kontinentaleuropäische Geschichtsschreibung die Ausdrücke Friedensbewegung und Pazifismus synonym verwende, während im angelsächsischen Bereich unter Pazifismus oft nur die unbedingte Kriegsgegnerschaft bezeichne, der völkerrechtliche Pazifismus hingegen Internationalismus genannt werde (K. Holl, *op. cit.*, S. 18-19). Sinnvoller ist wohl eine gemeinsame Terminologie, für die sich die Unterscheidung zwischen (unbedingtem) Pazifismus und bedingtem Pazifismus oder Pazifizismus (nach Martin Ceadel) empfiehlt. Siehe hierzu die Anmerkung 18.

für die nationale Vaterlandsverteidigung und den internationalen Sanktionskrieg beibehielt. Unbedingte Pazifisten blieben in der Sozialdemokratie eine verschwindende Minderheit, am auffälligsten betätigten sie sich in der britischen *Labour*-Partei mit ihren Wurzeln im christlichen Sozialismus.

Die bürgerliche Friedensbewegung engagierte sich nunmehr ebenfalls für die parlamentarische Demokratie, viele ihrer Verfechter auch für soziale Reformen. Damit konnten Liberale und Sozialdemokraten jetzt in denselben Friedensorganisationen zusammenarbeiten. Die Friedensbewegung mit einem starken linksliberal-sozialdemokratischen Charakter erkannte vollends die wichtige Bedeutung der öffentlichen Meinung neben der Beratung der Herrschenden. Sie konnte aber in den ihr nahestehenden Parteien oder gar in der Gesellschaft niemals Mehrheiten erlangen und den politischen Kurs bestimmen. Je mehr sozialdemokratische Parteien Regierungsverantwortung, also auch für Aussen-, Rüstungs- und Militärpolitik übernahmen, oft in Koalition und damit im Kompromiss mit bürgerlichen Parteien, desto mehr geriet die Friedensbewegung in Opposition zu ihnen.

Nach 1945 näherten sich viele sozialdemokratische und im geringerem Masse auch liberale Parteien wieder den Forderungen der Friedensbewegung an, in der jedoch Parteipolitiker weit weniger Einfluss nehmen konnten oder wollten als in der Zwischenkriegszeit. Die Friedensbewegung entwickelte sich immer mehr zu kurzlebigen ausserparlamentarischen Ad-hoc-Bündnissen von Individuen und kleinen Organisationen gegen einzelne Rüstungsprojekte und Kriege. Sie vermochte bislang keine auf Verbindlichkeit ausgerichtete konzeptionelle Debatte wie noch vor und nach dem Ersten Weltkrieg hervorzubringen.

Die Gleichzeitigkeit der Barbarisierung und der Zivilisierung der internationalen Gesellschaft seit 1914

Die Bilanz der hundert Jahre Entwicklung seit dem Basler Kongress fällt höchst ambivalent aus. Zivilisierungsprozesse fanden gleichzeitig neben ungeheuren Barbarisierungsprozessen statt. Bis 1914 glaubten viele Menschen ganz unterschiedlicher politischer Orientierung an einen unaufhaltsamen Fortschritt von der Barbarei, d.h. gesellschaftlicher und ökonomischer Rückständigkeit und gewalttätiger Rohheit zu menschlicher Zivilisation und Gesittung. Die zunächst liberale, dann auch sozialistische Idee eines dauerhaften Weltfriedens begann sich gegenüber der statischen Weltansicht vom ewigen Krieg in der Menschengesellschaft in breiten Teilen der Bevölkerung durchzusetzen, so dass seit 1918 wichtige institutionelle Neuerungen zur Vorbereitung eines dauerhaften Weltfriedens erzielt werden konnten, oft auch von konservativen gesellschaftlichen Kräften.

In den Jahren 1900-1987 starben in zwei Weltkriegen und etwa 300-400 lokalen und regionalen Kriegen,³⁶ etwa 34 Millionen Menschen in bewaffneten Kämp-

³⁶ Die unterschiedlichen Zahlen in gängigen Kriegsstatistiken sind eher durch unterschiedliche Kriegsbegriffe als durch unklare empirische Befunde über die politische Gewaltanwendung verursacht, siehe Mir A. Ferdowsi, Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Knapp, Gert Krell

fen. In der gleichen Zeit ermordeten Kommunisten etwa 110 Millionen Menschen, Nationalsozialisten etwa 21 Millionen und Demokraten etwa 2 Millionen in ungezählten Gräueltaten an Zivilisten und Kriegsgefangenen.³⁷ Das waren in absoluten und vielleicht auch in relativen Zahlen weit mehr Opfer politischer Gewalt als in früheren Zeiten.³⁸ Die meisten Massenmorde fanden in Zeiten des Staaten- und Bürgerkrieges statt, aber einige auch in Friedenszeiten, zum Beispiel in der Sowjetunion in den 1930er Jahren. Diktaturen in vielen der kriegführenden Länder liessen in Japan und China, Deutschland, Frankreich und in der Sowjetunion nicht einmal im Ansatz gemeinsame politische Antikriegsbekundungen zu, wie sie 1912 in Basel noch möglich gewesen waren.

Von Abrüstung kann in den letzten hundert Jahren keine Rede sein. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt sorgt für eine ständige Vermehrung und vor allem Verfeinerung der militärischen Vernichtungskapazitäten. Allerdings geht von den modernen Massenvernichtungswaffen eine gewisse Abschreckung zu ihrer Anwendung aus, im Frieden wie im Krieg. Wurden im Ersten Weltkrieg noch die Gaswaffen intensiv eingesetzt, konnte im Zweiten ihr Gebrauch fast völlig vermieden werden. Nukleare Abschreckung trug nachweislich wesentlich zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges im Ost-West-Konflikt nach 1945 bei, besonders deutlich während der Kubakrise im Oktober 1962.³⁹

Trotz der Barbarisierung im 20. Jahrhundert sind auch ermutigende Schritte in Richtung dauerhaften Weltfriedens gegangen worden, und zwar aufgrund friedenspolitischer Einsichten konservativer und liberaler Politiker, die in Folge eigener Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Entwicklung des politischen Denkens und mit ihren Gegenwartsproblemen Institutionen zur Friedenssicherung und Friedensstiftung schufen. Sie ermöglichten die Errichtung des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen, in denen auch im Kantschen Sinne nichtrepublikanische Regime Mitglieder sind. Die Völkerbund-Satzung erklärte Krieg zu einer Angelegenheit der gesamten Staatengemeinschaft und legte die Grundzüge der kollektiven Sicherheit fest. Die Ächtung des Angriffskrieges im Briand-Kellogg-Abkommen 1928 war ein bleibender völkerrechtlicher Fortschritt, auch wenn kurz darauf mit dem Eindringen Japans in die Mandschurei 1931 eine Ära neuer Angriffs- und Eroberungskriege einsetzte und das System der kollektiven Sicherheit versagte. Sie mündeten in den Zweiten Weltkrieg.

(Hg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, 3. Aufl., München/ Wien 1996, S. 308.

³⁷ Die Zahlen stammen aus den Berechnungen vom Rudolph J. Rummel, «Power, Genocide and Mass Murder», in: *Journal of Peace Research* 31, 1 (1994), S. 4-6. Zur Kritik an diesen Zahlen siehe Steven Pinker, *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Frankfurt 2011, S. 478.

³⁸ Zum Zweifel an den relativen Vergleichszahlen anderer Jahrhunderte siehe St. Pinker, *op. cit.*, S. 296.

³⁹ Siehe den Brief Chruschtschows an Kennedy vom 26. Oktober 1962 und Kennedys Bemerkung, dass ein Fehler von ihm 200 Millionen Menschen das Leben kosten könne, nach Michael R. Beschloss, *The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev 1960-1963*, New York 1991, S. 516-520, 523.

Nach 1945 machte die friedliche inter- und transnationale Organisation der Menschheit unübersehbare Fortschritte. War der Völkerbund noch eine Organisation der kapitalistischen Staaten gewesen, denen die Kommunisten das Projekt einer weltweiten internationalen Sowjetrepublik, deren Kern die UdSSR sein sollte, entgegensetzten, so vereinigten die Vereinten Nationen kapitalistische Demokratien und Diktaturen sowie bürokratisch-sozialistische Diktaturen. Das Vetorecht der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder beeinträchtigte zwar erheblich die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, verhinderte aber auch ihr Auseinanderbrechen. Gleichwohl zeigten ausser der Kuba-Krise mehrere andere Krisen im Ost-West-Verhältnis, zum Beispiel 1948/49, 1961 und 1973, die reale Gefahr eines dritten Weltkrieges auf. In all diesen Krisen hatten die Arbeiter- und die Friedensbewegung so gut wie nichts zur Krisenbewältigung beizutragen. Sie war fast ausschliesslich eine Sache der Vernunft demokratischer wie kommunistisch-diktatorischer Regierungen.

Die nukleare Abschreckung war nur ein Faktor, der die erfolgreiche Weltkriegsverhütung seit 1945 ermöglichte. Zwei andere waren vermutlich viel bedeutender. Nach der Niederlage und dem Untergang der faschistischen und faschistoiden Regime in Italien, Deutschland und Japan haben sämtliche Grossmächte keine territoriale Expansionspolitik mehr betrieben. Sie begnügten sich mit der ökonomisch-politischen Penetration ihrer Einflussphären, die gelegentliche Interventionskriege einschloss. Das stabilisierte entscheidend die Vereinten Nationen im Vergleich zum Völkerbund mit seiner fluktuierenden Mitgliedschaft. Zwar waren sich faschistische und kommunistische Diktaturen in ihren grausamen Herrschaftstechniken sehr ähnlich, aber liberale Demokraten und Kommunisten hatten die Vision eines dauerhaften Weltfriedens gemein trotz ihrer unvereinbaren Friedensvorstellungen und ihres gesellschaftspolitischen Gegensatzes. Dies erleichterte ganz erheblich das gemeinsame Krisenmanagement in vielen Krisen wie auch im Oktober 1962. Was wäre geschehen, wenn in der Kubakrise der „Gegenspieler“ von Kennedy ein Hitler mit seiner Partei- und Militärführung gewesen wäre?

Die Fraktionierung der Antikriegs- und Friedensbewegung

Noch weit mehr als die Arbeiterbewegung zerfiel die bürgerliche Friedensbewegung gleich nach Beginn des Ersten Weltkrieges entlang zahlreicher Bruchlinien. Dabei bildete sich ein breites Spektrum von manchmal völlig verfeindeten, manchmal auch kooperierenden Friedensorganisationen. Nun wurde Demokratie allgemein als ein konstitutives Element von Frieden angesehen, aber auch soziale Gerechtigkeit. Nur in wenigen Ländern bildeten sich lockere Dachverbände der Friedensorganisationen ohne aktionslenkende Funktionen.⁴⁰ Nur wenige Organisationen konnten internationale Verbände mit föderativer Struktur bilden.⁴¹

⁴⁰ So etwa das Deutsche Friedenskartell, das jedoch nur von 1920-1929 existierte und das an seinen inneren Gegensätzen zerbrach, siehe K. Holl, *op. cit.*, S. 189-196.

⁴¹ So etwa das Internationale Friedensbüro, der Internationale Versöhnungsbund, die Internationale der Kriegsdienstverweigerer, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

In den vergangenen Jahrzehnten entstanden immer wieder ephemere Protestbewegungen gegen einzelne Kriege oder Kriegstypen oder einzelne Rüstungsprojekte, ohne wirklich Einfluss auf die Entscheidungen über Kriege oder Rüstungsvorhaben nehmen zu können. Nur wenige Teilnehmer dieser auf einige Monate oder Jahre begrenzten Bewegungen entschieden sich zum langfristigen Engagement in den Organisationen einer Friedensbewegung, die auf eine dauerhafte Weltfriedensordnung hinarbeiten will. Eine Hauptbruchlinie in der Friedensbewegung trennt seit zwei Jahrhunderten die unbedingten, radikalen, extremen Pazifisten von den bedingten Pazifisten mit Kriegsvorbehalt, die manche Autoren Belli-Pazifisten oder mit Martin Ceadel Pazifizisten nennen. Unter den letzteren bilden, wie in der Sozialistischen Internationale, diejenigen eine Mehrheit, die ganz im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen sowohl den nationalen Verteidigungskrieg – auch im Bündnis mit anderen Nationen – als auch den internationalen Sanktionskrieg für rechtlich und moralisch legitim hält.⁴² Sie treten demgemäss auch nicht für allgemeine und vollständige Abrüstung ein, sondern für eine zur Verteidigung hinreichende Rüstung oder gar für eine minimale Atomrüstung, die zur Abschreckung vor Angriffskriegen ausreicht. Eine Minderheit bejaht den Bürgerkrieg zur Verteidigung bestehender, durch Verfassung oder Völkerrecht garantierter Rechte und Freiheiten gegen gesellschaftliche Kräfte, die diese drastisch beschneiden oder abschaffen wollen. Andere treten gar für Bürgerkriege als ein Mittel ein, Menschenrechte und -freiheiten in diktatorisch regierten Staaten durchzusetzen und halten auch internationale Interventionskriege zum Schutze vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder zum Sturze von Diktatoren für legitim, vor allem seit 1991, nachdem die Gefahr der Eskalation eines Interventionskrieges zum Weltkrieg gering geworden ist. Die Belli-Pazifisten oder Pazifizisten waren seit zwei Jahrhunderten stets die überwältigende Mehrheit in der Friedensbewegung, die unbedingten Pazifisten nur eine kleine Minderheit, wenn auch eine grössere als in der Sozialistischen Internationale.

Zwei fundamentale Änderungen sind seit 1914 in der Friedensbewegung bemerkenswert. Erstens die Ausbreitung von individueller Kriegsdienstverweigerung (KDV), die bereits von Mitgliedern der Friedenskirchen und zahlreicher christlicher Sekten bis 1918 praktiziert worden war. Mehrere nationale Organisationen der KDV gaben den Anstoss zur Gründung der Vorläuferorganisation der Internationale der Kriegsdienstgegner im Jahre 1921. KDV kann durch prinzipielle Gegnerschaft gegen jegliche Form des Krieges motiviert sein, sich aber auch gegen spezifische Kriege wenden, etwa imperiale Eroberungs- oder Interventionskriege. Die Ablösung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten hochspezialisierter Berufsmilitärs mit gewaltigen Zerstörungskapazitäten entzog der individuellen Kriegsdienstverweigerung weitge-

⁴² Von einem allgemeinen Gewaltverbot der Vereinten Nationen, das oft fälschlich behauptet wird, kann keine Rede sein. Nur eine spezifische Form der Gewalt wird nach Art. 2, Abs. 4 der Vereinten Nationen-Satzung verboten. Art. 51 und Art. 42 legitimieren sowohl den nationalen Verteidigungskrieg als Naturrecht als auch den internationalen Sanktionskrieg des Vereinten Nationen-Sicherheitsrates, auch wenn das Wort Krieg vermieden wird.

hend den Boden, da sich für die Berufsarmeen bislang überall ausreichend Rekruten finden.

Seit den 1920er Jahren trat zweitens eine neue Form des Widerstands in das Bewusstsein und in die Praxis der internationalen Friedensbewegung: gewaltfreie Aktionsformen wie insbesondere die Nichtzusammenarbeit (Non-Kooperation) und der zivile Widerstand (begrenzte Rechtsverletzung). Sie wurden von Mohandas K. Gandhi und seinen Anhängern in der indischen nationalen Befreiungsbewegung praktiziert und waren primär nicht gegen den Krieg, sondern gegen soziales und politisches, auch in Gesetzesform gefasstes Unrecht gerichtet, wurden aber von Teilen der Friedensbewegung auch als Kampfmittel gegen Rüstung, Kriegsdrohungen und Okkupationsregime propagiert. Insgesamt blieb die Resonanz der Vorbildwirkung Gandhis auf die Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit und auch nach 1945 sehr gering.⁴³

Wie schon vor 1914, so gab es auch in der Zwischenkriegszeit mehrere Versuche, eine Friedenspartei zu gründen, die jedoch alle erfolglos blieben. Sie hatten den fatalen Effekt, den Einfluss der Friedensorganisationen auf die sozial- und liberaldemokratischen Parteien zu schwächen und führten zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen dieser Parteien, etwa mit der Deutschen Friedensgesellschaft 1931, die sich eng an eine Partei gebunden hatte.⁴⁴ Das grundsätzliche Dilemma von Friedensparteien besteht darin, dass sie im Parlament auf ein ganzes Spektrum von gesellschaftspolitischen Themen eingehen müssen, über die die Anhänger von Antikriegs-, Antirüstungs- und Friedensbewegungen untereinander völlig uneinig sind, so dass sie sich nicht für eine gesellschaftspolitisch spezifische Friedenspartei einspannen lassen. Die Friedensbewegung wurde durch die Entstehung der kommunistischen und dann der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur vor schier unlösbare Probleme gestellt. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt und das nationalsozialistisch-kommunistische Bündnis von 1939-1941 führte gar zur völligen Irritation sowohl der Antikommunisten wie der Antifaschisten in der Friedensbewegung in den westlichen Demokratien.⁴⁵

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg währte die Nie-wieder-Krieg-Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung nur kurz. Der Kalte Krieg und der bereits in der Berlin-Krise 1948/49 drohende Krieg zwischen der diktatorischen Sowjetunion und den demokratischen Westmächten sowie die sowjetischen Versuche, die westliche Friedensbewegung für ihre Militärpolitik zu instrumentalisieren, erneuerten das alte Dilemma national asymmetrischer Wirkungsmöglichkeiten der Friedensbewegung. Je

⁴³ Zur recht unterschiedlichen Resonanz Gandhis in den gesellschaftlichen Gruppierungen in Deutschland siehe Beate Jahn, *Politik und Moral: Gandhis Herausforderung für die Weimarer Republik*, Kassel 1993; zur Rezeption in Grossbritannien siehe M. Ceadel, *op. cit.*, S. 29, 88-90, 128, 250-252.

⁴⁴ D. Riesenberger, *op. cit.*, S. 160.

⁴⁵ Martin Ceadel, *Semi-Detached Idealists. The British Peace Movement and International Relations*, Oxford 2000, S. 326; N. Ingram, *op. cit.*, S. 179-245. Zum Dissens in der französischen sozialistischen Partei siehe Richard Gombi, *Les socialistes et la guerre. La S.F.I.O. et la politique étrangère entre les deux guerres mondiales*, Paris/ La Haye 1970, S. 230-254.

relativ stärker die Friedensbewegung auf der einen Seite einer Konfliktfront ist, desto mehr profitiert die Kriegspartei auf der Gegenseite davon.

Vier Faktoren ermöglichten moralisch-intellektuell trotz der Unterbindung jeglicher Friedensbewegung im kommunistischen Osten eine westliche, demokratische Friedensbewegung mit neuen spezifischen Eigenschaften: Erstens: Die Erfahrung der militär-technologischen Führungsrolle des Westens, besonders auf dem Sektor der Atomwaffen, begünstigte Vorstellungen des Abrüstungsgradualismus und der Abrüstungsvorleistungen des Westens, die die grundsätzliche Verteidigungsfähigkeit des Westens nicht beeinträchtigen würden. Dies ermöglichte eine zeitweise starke Antinuklearrüstungsbewegung (Ostermarschbewegung)⁴⁶ in einigen westlichen Ländern. Zweitens: Die Deutung der Sowjetunion als defensive Grossmacht liess schon in den 1950er Jahren eine Friedensbewegung entstehen, die wichtige intellektuell-politische Wegbereiterfunktionen für die West-Ost-Entspannung seit der Kubakrise 1962 und insbesondere in Europa seit dem Ende der 1960er Jahre erfüllte. Drittens: Die Existenz einer wechselseitigen totalen nuklearen Vernichtungskapazität im Osten wie im Westen seit dem Ende der 1960er Jahre begünstigte einen weit verbreiteten Nuklearpazifismus, der teilweise auch gegen chemische und biologische Massenvernichtungsmittel gerichtet war. Viertens: Die enorme militärische Überlegenheit der Westmächte in ihren kolonialen und postkolonialen Konflikten ermöglichten im Westen eine Friedensbewegung gegen die Kriegspolitik ihrer eigenen Regierung, die in keiner Weise die eigene Landesverteidigung zu beeinträchtigen drohte. Die in den USA und im Westen stark angewachsene Bewegung gegen den Indochina-Krieg trug sicherlich massgeblich zur Verhinderung eines westlichen Siegfriedens bei. Ihr Erfolg hatte auch noch lange danach einen mässigen Einfluss auf die Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen. Insgesamt scheint viel zu wenig ins allgemeine Bewusstsein gerückt zu sein, dass eine ungezählte Anzahl von faschistoiden, kommunistischen, monarchisch-absolutistischen und militärdiktatorischen Regimen in den letzten vier Jahrzehnten durch gewaltlose Revolutionen gestürzt worden sind.

Option einer multidimensionalen Friedenspolitik

Welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich aus den historischen Erfahrungen von Krieg und Frieden, die hier nur knapp skizziert werden konnten, ziehen. Zunächst meine ich, dass der enge, oft als „negativ“ gescholtene Friedensbegriff der sinnvollste ist, weil er eine Übereinstimmung zwischen völlig unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kräften ermöglicht, die in einem einig sind: der Vermeidung und Abschaffung des Krieges. Unter dauerhaftem Weltfrieden ist demnach eine internationale gesellschaftspolitische Ordnung zu verstehen, in der keine Kriege mehr stattfinden, gleichgültig, wie diese Ordnung gestaltet ist. Frieden ist hiernach Nichtkrieg und zunächst nichts als Nichtkrieg. In manchem Frieden existiert extreme Un-

⁴⁶ Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970*, Frankfurt a. M./ New York 1979.

gerechtigkeit, Knechtschaft, Unterdrückung, Ausbeutung, Alltagsgewalt, Verbrechen, Armut, Hunger, Elend und moralische Verlüderung. Aber die Erfahrungen gewaltloser Bewegungen haben gezeigt, dass es möglich ist, gegen all dies Schreckliche auch ohne Waffengewalt erfolgreich zu kämpfen, auch wenn dieser Kampf oft viel länger währt als ein Krieg.

Doch hiervon gibt es eine wichtige Ausnahme: der Massen- oder Bevölkerungsmord (Demozid).⁴⁷ Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass es Frieden geben kann, in dem nicht auch der gesellschaftspolitische Massenmord ausgeschlossen ist. Ein Frieden, in dem von der Staatsgewalt ein Massenmord verübt oder geduldet wird, ist der einzige Frieden, zu dessen Beendigung ein Krieg ethisch und zunehmend auch völkerrechtlich zu rechtfertigen ist.⁴⁸

Gelingt es, einen Weltkrieg zu vermeiden, dann ist der Weltfrieden nur als für eine lange Zeit bewaffneter Frieden unter zum Verteidigungskrieg gerüsteten und bereiten Nationalstaaten denkbar, weil die meisten Menschen nach wie vor auf ihren Kriegsvorbehalt im Falle eines militärischen Angriffs auf ihren Nationalstaat und seine gesellschaftliche Ordnung nicht verzichten wollen und werden. Unter der Ägide des ständig zu reformierenden und auszubauenden Systems der Vereinten Nationen haben viele nationale Gesellschaften bereits gelernt, Angriffskriege ihres Staates zu vermeiden. In Zukunft gilt es, auch solche Situationen zu verhindern, in denen zwei Staaten oder Staatenbündnisse glauben könnten, sich in einen wechselseitigen Verteidigungskrieg einlassen zu müssen. Die Kubakrise war eine derartige Situation.

Unbestreitbar hat nukleare Abschreckung zur Verhinderung mancher Kriege und zur Mässigung der Kriegsführung bei einigen Kriegen beigetragen. Das wirft das Problem auf, dass eine vollständige nukleare Abrüstung, also nicht nur eine Reduzierung von nuklearen Waffenpotentialen, konventionelle Kriege wieder leichter führbar machen würde. Es unterstreicht die hier vertretene Grundthese, dass Frieden nicht durch unilaterale oder allgemeine Abrüstung herbeizuführen ist, sondern Abrüstung erst nach einem jahrzehntelangen Frieden möglich ist. Das schliesst nicht unilaterale und international vereinbarte Rüstungsbeschränkungen und -reduzierungen aus, die nicht die Verteidigungsfähigkeit der Staaten gefährden.

Im Unterschied zur Auffassung der führenden Vertreter der Arbeiterbewegung 1912 kann man heute nicht mehr von einer einzelnen Kriegsursache wie zum Beispiel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sprechen. Es gibt nur eine allgemeine Voraussetzung von Krieg, den Willen von Menschen, Krieg zu führen. Insofern

⁴⁷ Der Begriff des Demozids wurde durch Rudolph J. Rummel eingeführt. Zur begrifflichen Unterscheidung der drei Formen von Demozid: Genozid, Soziozid und Politizid siehe Egbert Jahn, «Der Holodomor im Vergleich. Zur Phänomenologie der Massenvernichtung», in: *Osteuropa* 54, 12 (2004), S. 22.

⁴⁸ Mit der Resolution 1674 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 28. April 2006 zur Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) wurde seine Aufgabe zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens extensiver als bisher interpretiert und die militärische Intervention zum Schutz von Zivilpersonen vor massiven Menschenrechtsverletzungen legitimiert, siehe https://www.un.org/depts/german/sr/sr_05-06/sr1674.pdf (abgerufen am 20.5.2014).

geht es darum, solche gesellschaftspolitische Strukturen zu schaffen, in denen kein Wille zum Angriffskrieg oder zum wechselseitigen Verteidigungskrieg mehr entsteht.

Da unterschiedliche menschliche Grossgruppen unterschiedlichen Frieden wollen, bleibt es deshalb wie in den vergangenen hundert Jahren auch in Zukunft unwahrscheinlich, dass irgendwann eine Weltfriedenspartei oder eine einheitliche Organisation einer Weltfriedensbewegung entsteht, die in allen Ländern, auf die Mehrheit der Bevölkerung gestützt, die Macht erringt und den Weltfrieden gegen immer noch kriegswillige Minderheiten erzwingt. Weitaus wahrscheinlicher ist, dass Weltfrieden die Resultante ganz unterschiedlicher, und sich grossenteils auch widersprechender Friedensvorstellungen und Friedensbestrebungen sein wird, die sich lediglich darin einig sind, Frieden nicht mit Krieg zu erzeugen oder zu erhalten.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer multidimensionalen Friedenspolitik, die das Zusammenwirken höchst unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Akteure – von staatlichen wie Regierungen, Parlamenten, Gerichten, Militärs, Polizeien bis zu gesellschaftlichen aller Art wie Parteien, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Erziehern und Individuen vorsieht. Im Idealfalle könnte es sich dabei um eine koordinierte Politik der unterschiedlichen Akteure handeln, realiter wird es eher ein unbewusstes Zusammenwirken sein. Die Hauptverantwortung für Kriegsvermeidung und Friedensstiftung liegt nach wie vor bei denen, die über die Gewaltmittel zum Krieg verfügen, gleichgültig, ob sie durch demokratische Wahlen oder durch diktatorische Usurpation an die Macht in Regierungen oder zum Bürgerkrieg fähigen Organisationen gekommen sind. Andere Akteure, die nicht über den Einsatz der Gewaltmittel verfügen, müssen klären, ob sie die Entscheidungen der Gewalthaber friedenspolitisch beeinflussen oder diese durch andere Personen ersetzen können, die entschieden friedenswillig sind. Je nach gesellschaftspolitischer Stellung bestehen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten kollektiver wie individueller Akteure.

Die Bereitschaft zum nationalen Verteidigungskrieg wird vermutlich auch in der absehbaren Zukunft nicht schwinden. Nur kleine gesellschaftliche Minderheiten sind bereit, nationale und soziale Freiheiten gegen fremde Eroberer ausschliesslich mit gewaltlosen Mitteln zu verteidigen. Es ist unwahrscheinlich, dass aus ihnen in den kommenden Jahrzehnten politisch durchsetzungsfähige Mehrheiten in einzelnen Ländern oder gar weltweit werden. Somit dürfte der bedingte Pazifismus oder Pazifismus nicht nur von Friedensbewegungen, sondern auch von Regierungen, Militärs und etablierten Verbänden eine ausschlaggebende Rolle bei der Stiftung eines dauerhaften Weltfriedens spielen, nicht der unbedingte Pazifismus.

Damit liegt die Hauptbedeutung gewaltloser Bewegungen wie in der Arabellion Ägyptens und Tunesiens darin, undemokratische Regime abzulösen, die nur noch von gesellschaftlichen Minderheiten unterstützt oder geduldet werden. Ausserdem sind sie in der Lage, bestehende soziale und politische Freiheiten gegen diktatorische Usurpatoren zu verteidigen. Die erfolgreiche Überwindung von Diktaturen aller Art seit den 1970er Jahren lässt hoffen, dass in Zukunft immer häufiger Bürgerkriege wie in Libyen und Syrien vermieden werden können.

Wie werden sich Krieg und Frieden in den kommenden Jahrzehnten vermutlich entwickeln? Seit 1991 ist die Gefahr eines dritten und nuklearen Weltkrieges beträchtlich gesunken, aber nicht beseitigt. Der wirtschaftliche und der politisch-militärische Aufstieg der Volksrepublik China könnte, falls die Kommunistische Partei noch lange an der Macht bleibt, zu einem neuen gesellschaftspolitischen Ost-West-Konflikt zwischen autokratischen Regimen unterschiedlicher Orientierung und den westlichen Demokratien führen, der grosse Teile der Welt einbezieht und die Gefahr eines dritten Weltkrieges wiederbelebt. Die wirtschaftliche und politisch-militärische Macht der USA dürfte weiter abnehmen. Zwar wurden die Atomarsenale der USA und Russlands erheblich reduziert, aber gleichzeitig ist die nukleare Proliferation vorangeschritten, sind weitere Atomkräfte entstanden (Indien, Pakistan, Nordkorea) oder vermutlich im Entstehen begriffen (Iran). Zahlreiche seit langem bekannte und heute noch nicht absehbare internationale Konflikte könnten sich zu eskalationsträchtigen regionalen Kriegen auswachsen. Der permanente Fortschritt der Rüstungswissenschaft und -technik wird primär nicht auf eine Vermehrung der Vernichtungskapazitäten, sondern des gezielten und begrenzten Einsatzes militärischer Zerstörungsfähigkeiten orientiert sein. Dies reduziert einerseits die Gefahr eines umfassenden Vernichtungskrieges, beinhaltet aber andererseits die Verstärkung der Institution des zeitlich, räumlich und waffentechnisch begrenzten Krieges. Ein dritter Weltkrieg ist somit vorerst unwahrscheinlich, lokal und regional sowie in der Anwendung vorhandener Waffen begrenzte Kriege bleiben jedoch weiterhin höchstwahrscheinlich und finden auch weiterhin täglich in manchen besonders kriegsträchtigen Teilen der Welt statt.

Die mediale Verflechtung der internationalen Gesellschaft macht Kriege und Massenmorde in Teilen der Welt weit mehr als 1912 zu Ereignissen, die den Protest von mittlerweile weit über zehn Millionen Menschen, wie am 15. Februar 2003 vor dem bevorstehenden Interventionskrieg der USA und anderer kriegswilliger Staaten, hervorrufen, so dass immer wieder sporadische Antikriegs- und Antirüstungsbewegungen entstehen werden. Ihre Verknüpfung zu einer steten und kontinuierlich arbeitenden Weltfriedensbewegung in allen 196 Ländern der Erde ist derzeit nicht absehbar, bleibt aber eine sinnvolle und mögliche Aufgabe. Sie bleibt das bleibende Vermächtnis des Basler Friedenskongresses der internationalen Arbeiterbewegung.

Prof. Dr. Egbert Jahn: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung, Friedenspolitik seit dem 19. Jahrhundert. Wichtigste Publikationen: Autor der Bücher *Politische Streitfragen, 4 Bände* (Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer, Wiesbaden 2008, 2012, 2014, engl. 2015) und *Frieden und Konflikt* (Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012). Herausgeber der drei Bände *Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa* (Nomos, Baden-Baden 2008/2009, auch engl. und russ. Rosspen 2010).

Kontakt: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de